

Klausurenkurs an der HS Bund

Fach: Dienstrecht
Zielgruppe: alle Studierenden

Ausgabe: 02.02.2023
Besprechung: 09.02.2023
16:30 Uhr

- Umsetzung –

Sachverhalt (eher schwierig, 45 - 60 Minuten):

Die B ist Bundesbeamtin im Statistischen Bundesamt mit Dienstsitz in Wiesbaden. Das Statistische Bundesamt verfügt über eine Zweigstelle in Bonn, in der zwei Abteilungen angesiedelt sind.

Nachdem die Zweigstelle in Bonn aufgrund neuer Aufgaben einen erhöhten Personalbedarf angemeldet hatte und in Wiesbaden ein Personalüberhang bestand, entschied der Präsident des Statistischen Bundesamtes P, mehrere Beamte aus Wiesbaden in Bonn einzusetzen, darunter auch die B. Der B wurde deshalb im Januar 2022, ohne zuvor angehört worden zu sein, im Auftrag des P durch das zuständige Personalreferat nach vorausgegangener Beteiligung des Personalrates schriftlich ohne nähere Begründung mitgeteilt, dass sie ab dem 1. April 2022 ihren Dienst in der Zweigstelle in Bonn zu verrichten habe.

Dagegen erhob B erfolglos Widerspruch. Zur Begründung des Widerspruchs trug sie vor, dass sie mit ihrem Ehemann und ihrer volljährigen Tochter, die in Wiesbaden studiere, in einem Eigenheim in Wiesbaden wohne. Die Familie sei in Wiesbaden kulturell und gesellschaftlich eingebunden, sodass der B der Einsatz in Bonn nicht zugemutet werden könne. Darüber hinaus sei es schon in den ersten Monaten der Tätigkeit in Bonn infolge der räumlichen Trennung zu Eheproblemen gekommen. Außerdem könne sie ihre Tochter beim Studium nicht mehr ausreichend betreuen und unterstützen.

Das Statistische Bundesamt entgegnete, dass die privaten Interessen der B bei der Entscheidung umfassend berücksichtigt worden seien, aber im Vergleich zu den privaten Interessen anderer Bediensteter und dem dienstlichen Interesse an einem sachgerechten Einsatz der vorhandenen Beamten hätten zurücktreten müssen.

Vor der Einleitung weiterer juristischer Schritte in Form der Klageerhebung sucht B Rechtsanwalt R auf und bittet diesen um die Erstellung eines Rechtsgutachtens zur Rechtmäßigkeit der umstrittenen Maßnahme des Statistischen Bundesamtes.

Aufgabe:

Ist die Maßnahme des Statistischen Bundesamtes formell und materiell rechtmäßig?